

Der Landesstreik vor 100 Jahren

Warum kam es im November 1918 zum Landesstreik? Die Ökonomen Christoph Schaltegger und Lukas Schmid haben unlängst in dieser Zeitung die Bedeutung der sozialen Lage zu relativieren versucht. Mit Blick auf Finanzmarktdaten jener Zeit rücken sie vielmehr das Aufflammen von Umsturzängsten ins Zentrum. Die Historiker Christian Koller und Jakob Tanner wehren sich in einer Replik gegen diese Lesart. In einer Duplik gehen Schaltegger und Schmid auf die Kritik ein.

Landesstreik ohne soziale Ursachen?

Die Fokussierung auf plötzliche Umsturzängste greift zu kurz

CHRISTIAN KOLLER UND JAKOB TANNER,
UNIVERSITÄT ZÜRICH

Im Artikel «Der Landesstreik – und die plötzliche Furcht vor einem revolutionären Umsturz» (NZZ 17.10.18) behaupten die Ökonomen Christoph A. Schaltegger und Lukas Schmid, Finanzmarktdaten könnten beweisen, dass «die Deutung des Landesstreiks als Kulminationspunkt einer stetigen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage (...) wenig plausibel» sei. Die These wird gegen das multikausal argumentierende Standardwerk von Willi Gautschi aus dem Jahre 1968 formuliert. Sie hängt deswegen in der Luft, weil das scheinbar dominante «Kulminationsnarrativ», das die beiden Autoren unterstellen, bei Gautschi schlicht nicht zu finden ist.

Militäraufgebot als Provokation

Gautschi arbeitet zwar die «wirtschaftliche Bedrängnis» und die Umverteilung des Volkseinkommens (Reallohnverluste, Lohnausfall durch Militärdienst, Kriegsgewinne) als Grundvoraussetzung des Landesstreiks heraus und weist darauf hin, dass ab 1916 Streiks und Marktdemonstrationen stark zunahmten. Er wendet sich aber gegen die Annahme, ein solcher sozialer Spannungsaufbau schlage an einem bestimmten Punkt zwingend in einen Landesstreik um. Vielmehr hält er unmissverständlich fest, der Arbeiterschaft sei es 1918 um einen «Kampf um ihre Anerkennung» gegangen. Gerade deswegen konnte das Militäraufgebot vom 6. November 1918, das die Arbeiterbewegung in einem «Ruhestadium» überraschte, gar nicht anders denn als massive Provokation aufgefasst werden. Vom Zeitpunkt her war der Landesstreik die Antwort auf die Mobilisierung von 95 000 Soldaten an der «inneren Front».

Es fällt auf, dass sich Schaltegger und Schmid in einer 2014 veröffentlichten Analyse von Finanzmarktdaten («Der Anleihemarkt als Spiegel der Bedrohungslage») noch ausdrücklich auf die «Verschärfung der sozialen Missstände» bezogen und diese in einer Grafik für die Jahre 1917 und 1918 mit einem nach oben zeigenden Pfeil visualisiert hatten. Nun stützen sie sich hingegen einseitig auf einen Beitrag von Tobias Straumann und Rudolf Jaun. Verschiedene Kritiker haben auf die methodischen Unzulänglichkeiten und Faktenfehler dieser Veröffentlichung hingewiesen und moniert, dass hier eine These bekämpft werde, die in keinem ernstzunehmenden Werk über den Landesstreik vertreten wird. Wer die Studie von Gautschi kennt, weiss auch, dass die beiden angeblich neuen Punkte in der unmittelbaren Vorgeschichte des



Auf dem Berner Waisenhausplatz marschieren während des Landesstreiks Truppen auf.

BUNDESARCHIV

Landesstreiks («Machtkampf innerhalb der Arbeiterschaft» und «Revolutionsängste in der Armeeführung») dort schon breit dargestellt sind.

Der «Oltener Sowjet»

Dass dies nicht erkannt wird, muss nicht gegen eine originelle Interpretation neuer Finanzmarktdaten sprechen. Doch sollte die in der Renditekurve sichtbare «abrupte Risikozunahme» Mitte Oktober 1918 differenzierter betrachtet werden. Schaltegger und Schmid führen diese auf eine «Erzählung jäh aufflammender Umsturzängste» zurück. Die historische Forschung hat aber vielfach gezeigt (und auch Rudolf Jaun insistiert darauf), dass solche Umsturzängste schon vorher geschürt wurden. General Wille verbreitete spätestens seit April 1918 die Befürchtung, an der Konferenz von Zimmerwald sei 1915 eine Schweizer Revolution beschlossen worden, die bürgerliche Presse schrieb seit dem Frühjahr 1918 vom «Oltener Sowjet», und der Unterstabschef Claude de Perrot sah im Juli in seiner Berichterstattung über den ersten Arbeiterkongress eine revolutionäre Bewegung im Anzug.

Es stellt sich also die Frage, wieso die Finanzmarktakteure genau Mitte Okto-

ber von diesen Ängsten erfasst wurden. Schaltegger und Schmid erwähnen mit dem Zürcher Bankstreik und der Annahme der Initiative für das Proporzwahlrecht zwei Vorgänge, die in einer Demokratie selbstverständlich legitim sind. Dass die mehr oder minder vermögenden einheimischen Finanzmarktakteure darin ein «beträchtliches Gefahrenpotenzial» und «eine gefährliche Dynamik» sahen, hängt wohl kaum mit «klaren Anreizen für eine objektive Einschätzung der Bedrohungslage» oder damit zusammen, dass die Informationsverarbeitung auf Finanzmärkten «repräsentativer ist als bei Einzelaussagen». Aus den Daten lassen sich eher Aussagen zu hochgradig selektiven Wahrnehmungsmustern und einer dynamischen Erwartungsbildung gewinnen, die sowohl innen- wie aussengesteuert sind.

Regionale Unterschiede

Welches sind also die Möglichkeiten und Grenzen einer Analyse von Finanzmarktdaten? In früheren Arbeiten zum Zweiten Weltkrieg haben Marcel Kucher und Bruno S. Frey darauf hingewiesen, dass Strukturbrüche auch durch abrupte Umschichtungen von Vermögenswerten auf interdependen-

ten Teilmärkten zustande kommen können. Solche Kontrollüberlegungen sind zwingend für aussagekräftige Befunde. Für das Ende des Ersten Weltkriegs müsste eine fundierte Analyse von Renditekurven den Untersuchungszeitraum ausweiten und mindestens die Jahre 1916 (mit der einsetzenden Verschärfung der Versorgungskrise) bis 1919 (als Anfang August sogar die Möglichkeit eines zweiten Landesstreiks im Raum stand) mitberücksichtigen.

Zudem hat die neuere Forschung nachgewiesen, dass Intensität und zeitlicher Verlauf der Versorgungskrise, die neben der Ernährung auch die Bereiche Energie, Wohnen und Kleidung umfasste, regional sehr unterschiedlich waren. Dies beeinflusste auch die regional unterschiedlich starke Beteiligung am Landesstreik. Aussagen auf nationaler Ebene müssten also nicht nur national informiert erfolgen, sondern auch sinnvoll binnendifferenziert werden, wenn es darum geht, ein neues Landesstreik-Narrativ vorzuschlagen.

Fazit: Wirtschaftswissenschaftliche Methoden sind für die historische Analyse instruktiv. Die Diskussion muss aber auf der Höhe des Forschungsstandes geführt werden. Auch Finanzmarktanalysen bringen sonst wenig.

Revolutionsängste dürfen nicht banalisiert werden

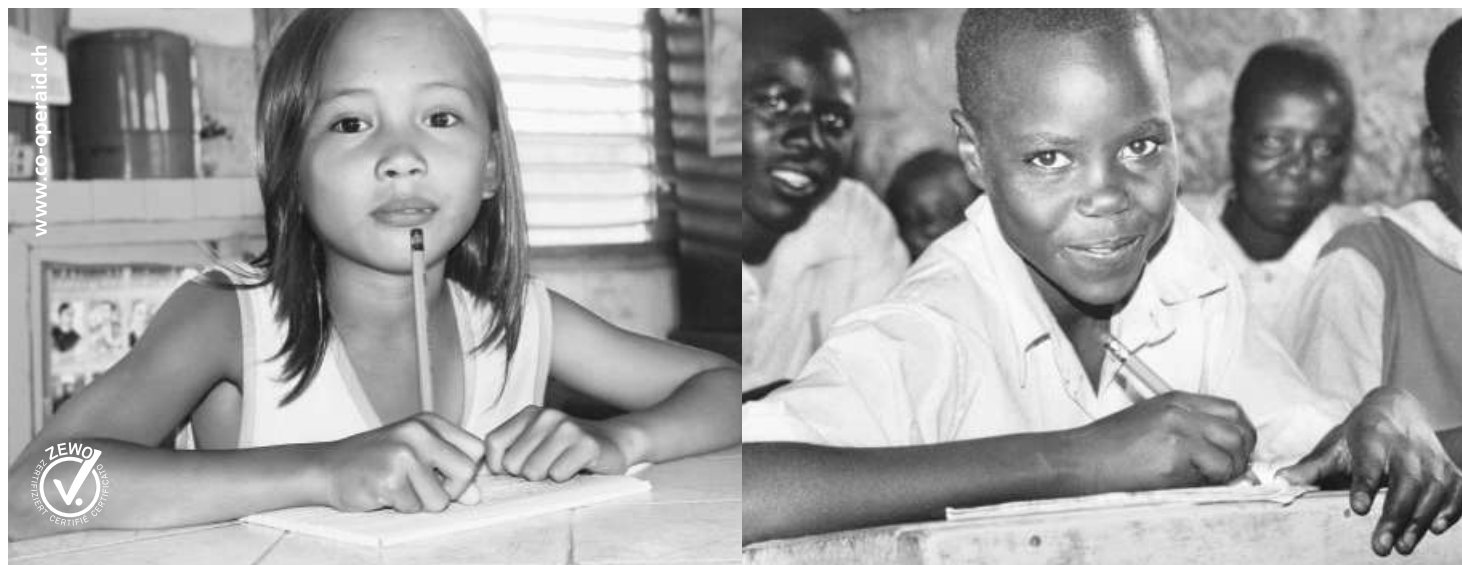
Ökonomische Daten liefern Hinweise zum Grund des Streikausbruchs

CHRISTOPH A. SCHALTEGGER UND
LUKAS A. SCHMID, UNIVERSITÄT LUZERN

Interdisziplinarität wird an Universitäten grossgeschrieben. So können die Wirtschaftswissenschaften von der quellenfundierten historischen Perspektive lernen. Umgekehrt kann eine datenbasierte ökonomische Perspektive den Geschichtswissenschaften neue Einsichten bieten. Die Analyse des Landesstreiks ist für eine solche Interdisziplinarität geeignet. Hintergrund ist die Neubeurteilung des Landesstreiks durch die Historiker Jaun und Straumann, die insbesondere die enge Fokussierung auf die sozialpolitischen Ursachen kritisieren. Kern des Anstosses ist nicht das «multikausal argumentierende» Standardwerk von Willi Gautschi, sondern die seither einseitige Erzählung des Landesstreiks als Folge «wirtschaftlicher Bedrängnis» und somit die Banalisierung der damals artikulierten und plausiblen Revolutionsängste im Bürgertum.

Zu dieser Thematik kann die ökonomische Forschung eine innovative Ergänzung zum Studium der historischen Quellen sein. Trifft es nämlich zu, dass das Bürgertum damals von Umsturzängsten erfasst wurde und einen nahenden Zusammenbruch der staatlichen Ordnung befürchtete, müsste sich dies in einem sprunghaften Anstieg des Ausfallrisikos der damals gehandelten eidgenössischen Staatsanleihen spiegeln. Dies ist einsichtig, denn Anleger haben starke finanzielle Interessen, die Lage möglichst objektiv einzuschätzen und sich nicht durch ideologische Stimmungsmache verleiten zu lassen. Dabei geht es nicht um die Frage, ob die Lage tatsächlich «richtig» eingeschätzt wurde, sondern darum, wie man ein subjektives Gefühl im Bürgertum zur damaligen Zeit akkurat einfangen könnte.

Die von uns verwendete Methode ist in den 1990er Jahren entstanden und gehört in internationalen wirtschaftshistorischen Studien mittlerweile zum methodischen Standardrepertoire. Natürlich hat sie – wie jede andere Methode – Vor- und Nachteile. Unsere im Vergleich zu 2014 umfassendere Datenauswertung zeigt bemerkenswerte Parallelen mit dem quellenbasierten Erzählstrang von Jaun und Straumann. An dieser Kernaussage würde die Ausweitung des Beobachtungszeitraums nichts ändern, so dass eine adäquate Erzählung die weitverbreiteten Umsturzängste im Bürgertum berücksichtigen sollte. Überzeugender wäre die Kritik an unserem Beitrag, wenn sie einen zu Jaun und Straumann alternativen Erzählstrang anzubieten hätte, der mit unseren Daten übereinstimmt.



Analyn und Mburu rechnen mit Ihrer Hilfe.

CO-OPERAID ermöglicht Kindern aus armen Familien in Afrika und Asien, eine Schule zu besuchen und später ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Danke für Ihre Spende! PC 80-444-2

CO:OPERAID
Bildung für Kinder in Afrika und Asien